

Bürger im Spessart wehren sich gegen Plan, im Hafenlohrtal Stausee anzulegen

Statt Idylle eine Betonlandschaft?

Begründung aus den Ministerien: der Eingriff ist nötig zur Sicherung des Trinkwassers — Gegner halten die präsentierte Hochrechnung für falsch — Ihr Einwand: das Projekt würde das Naturgefüge dieses Gebiets völlig zerstören



Das Hafenlohrtal im Spessart. Es wurde vom Stausee überflutet.

Foto: Jung

ROTHENBUCH (hj) — Erbitterung herrscht im Herzstück des Spessarts zwischen Weibersbrunn an der Frankfurt-Würzburger Autobahn und Rothenfels am Main:

Das Hafenlohrtal, ein von jahrhundertealten Baumbeständen umrahmtes, biologisch reiches Gebiet, alljährlich Ziel Tausender Spessartfreunde, soll einem Stausee zum Opfer fallen. Nach Angaben Münchner Ministerien will man damit auf lange Sicht die Trinkwasserversorgung in Nordwestbayern sichern.

Eine „Aktionsgemeinschaft Hafenlohrtal“ aus naturliebenden Bürgern, Gemeindevertretern, Forstleuten und Mitgliedern des Spessartbundes wehrt sich jetzt gegen das „landschaftszerstörende“ Projekt, das nach ihrer Meinung einen irreparablen Totaleingriff in das Naturgefüge des Spessarts bedeutet.

Der geplanten Talsperre und dem Stausee müßte der mittlere Abschnitt des reizvollen Tales mit den historischen Weilern Lichtenau — älteste Spessart-Sommerfrische, bis 1799 Gestüt der Mainzer Kurfürsten — sowie Erlenfurt und Einsiedel weichen. Dafür bekäme

man, wie der Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft betont, aber nicht etwa einen „lieblichen Waldsee“. Sebastian Schönauer, als zweiter Bürgermeister und Lehrer in dem an der oberen Hafenlohr gelegenen Rothenbuch daheim, malt vielmehr die Folgen des Vorhabens in düstersten Farben:

Die meiste Zeit werde das Wasser hinter der etwa 50 Meter hohen Staumauer so tief abgesenkt sein, daß auf acht bis zehn Kilometer Staulänge die abgeholzten Hänge und der humuslose Boden zutage treten. Ungünstige Klimaveränderungen, mehr Nebel, Schlamm, Staub- und Mückenplage seien ebenfalls zu befürchten. Der im Spessart so sorgsam gehegte Fremdenverkehr werde abgewürgt, denn für Wassersport und Erholung komme das Trinkwasserbecken ja nicht in Frage. Zäune und Verbotsschilder würden neue „Landschaftsakzente“ setzen. Die „Betonlandschaft“ an der benachbarten Sindertsbachtalsperre bei Gemünden sei warnendes Beispiel genug.

Der Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft, die demnächst mit einer Großveran-

staltung an die Öffentlichkeit treten will, bezeichnet die zur Begründung des Planes geltend gemachten Hochrechnungen der Regierung über den Trinkwasserbedarf bis zum Jahre 2000 als absurd. Einer angeblichen Verdoppelung des Verbrauchs infolge ständig wachsender Bevölkerung sei von Experten längst widersprochen worden: so etwa vom Leiter der Deutschen Naturschutzakademie, Dr. Fritz Lechner, der die Hafenlohrtal-Sperre ebenso für unnötig hält wie der Landtagsabgeordnete Oskar Rummel, dem sogar eine Stagnation des Wasserverbrauchs möglich erscheint: Hubert Weiger aus Nürnberg, Nordbayern-Beauftragter des Bundes Naturschutz, sprach von einem als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme „rücksichtslos vorangetriebenen“ Projekt und empfahl, statt Talsperren zu bauen die Ursachen für das Absinken des Grundwasserspiegels zu bekämpfen, um den Wassermangel zu beheben.

Das „bürgerfeindliche Verhalten“ der planenden Behörden (Schönauer), die über den Kopf der betroffenen Bevölkerung hinweg Dörfer und Landschaft ohne Not zum Untergang verurteilten, schockiert die Talsperre-Gegner ganz besonders.

Eine „Nachdiplomierung“ wurde abgelehnt

Die CSU will es beim „Ing. (grad.)“ belassen

Gewerkschaft verlangte: Absolventen früherer Ingenieurschulen nicht benachteiligen

MÜNCHEN — Nach Ansicht der CSU-Landtagsfraktion sollen die Absolventen der technischen Fachbereiche von Fachhochschulen auch weiterhin nur die Berufsbezeichnung „Ing. (grad.)“ erhalten.

CSU-Fraktionsvorsitzender Gustl Lang vertrat die Meinung, schon aus rechtlichen und logischen Gründen sollten die Fachhochschüler von den Universitätsabsolventen hinsichtlich ihrer Berufsbezeichnung „nicht über einen Kamm geschoren werden“. Wenn die Ausbildung unterschiedlich sei, dann müsse auch bei der Vergabe von Titeln „klar erkennbar“ unterschieden werden.

Die CSU-Fraktion geht von der Überlegung aus, daß bei der Vergabe des Titels „Dipl.-Ing.“ für die Absolventen der heutigen Fachhochschulen auch für die Absolventen aller Vorläufereinrichtungen eine Nachdiplomierung unvermeidbar würde. Andernfalls werde eine einheitliche Gruppe der graduier-